

# Hintergrund

nung. Durch die Politik der CDU/SPD-Regierung in der Großen Koalition im 1966-68 und die erste Rezession im Nachkriegsdeutschland verstärkte der Nationalismus zum ersten Mal wieder, was zu Wahlerfolgen der NPD führte. Die sozialdemokratische Reformpolitik nahm der NPD aber schnell wieder den Wind aus den Segeln. 1973 setzte zum ersten Mal eine rassistische Offensive von staatlicher Seite ein. Ziel war die Spaltung von ausländischen und deutschen Kollegen zur Brechung einer Streikbewegung. Gerade in Krisenzeiten spielt das Kapital die rassistische Karte, um die Aufmerksamkeits von sich selber wegzulenken. Wenn die Bedingungen, Profit zu erzielen schlechter werden und das Kapital und seine Regierung Angriffe auf die arbeitende Bevölkerung planen und umsetzen, dann wird versucht, den Unmut und die Wut der Arbeiter auf ausländische Bürger zu lenken. 1973 waren viele ausländische Arbeiter an den Streiks beteiligt. Die bürgerliche Presse sprach vom „Türken-Terror bei Ford“ und versuchte ausländische und deutsche Kollegen gegeneinander auszuspielen. Die sozialliberale Regierung machte mit. Sie verhängte einen Anwerbestopp für Nicht-EG-Ausländer. Eine Reihe von Maßnahmen gegen die in Deutschland lebenden Ausländer folgten, wie z.B. die Streichung des Kindergeldes für 300.000 ausländische Kollegen 1975.

Rassismus wurde so in der BRD wieder zu einem wichtigen politischen Mittel der Herrschenden. Die SPD/FDP-Regierung bereitete den Boden für die rassistischen Maßnahmen von Kohl und Konsorten in den 80ern, indem sie selber zahlreiche ausländische feindliche Maßnahmen beschloß.

Gerade in Zeiten der Krise versucht das Kapital, den Lohnabhängigen einzuzureden, es gäbe kein unterschiedliches Interesse von Unternehmen und Lohnabhängigen. Man solle „den Gürtel enger schnallen“. In Ostdeutschland müsse man durch „das Tal der Tränen“, Die Identifikation mit der eigenen Kapitalistenklasse und ihren Maßnahmen wird propagiert, auch von Seiten der SPD- und Gewerkschaftsführung. Um das zu verstärken und so Kämpfe der Arbeiter zu verhindern, werden die ausländischen Kollegen zum Sündenbock gemacht.

Die rassistische Hetze hat immer in für die Herrschenden schwierigen Zeiten zugenommen. 1986 nach Tschernobyl, dem Angriff auf den 116 Arbeitsförderungsgesetz (dem Streikparagrafen) und vielen weiteren Angriffen stand die Koalitionsregierung auf einem Tiefstand bei Meinungsfragen. Bei einer offenen, sozialistischen Politik der SPD wären Neuwahlen und eine absolute SPD-Mehrheit möglich gewesen. Die Bundstagswahl war für Januar 1987 angesetzt - was also tun?

Die CDU/CSU begann mit einer rassistischen Hetzkampagne sondersgleich. Die „Asylanfahrt“ wurde entdeckt und zum Hauptproblem für die BRD erklärt. Weil die SPD-Führung damals keine politischen Antworten formuliert, sondern im Gegenteil die Argumentation der Regierung nützlich die Rechnung auf und Kohl wurde 1967 wiedergewählt. Die SPD-Führung rühmte sich damals sogar damit, die Einreise von Asylbewerbern über Ost-Berlin gestoppt zu haben, ansatz eine politische Alternative aufzuzeigen.

Heute geschieht dasselbe. Um von der eigenen Verantwortung für Wohnungsnot, Massenarbeitslosigkeit, Sozialabbau etc. abzulenken, macht das Kapital die Asylbewerber zum Sündenbock. Die Ansicht, daß Ausländer und Asylbewerber ein Problem bzw. Verrursacher von Problemen sind, kann sich vor allem deshalb durchsetzen, weil ihr

von Seiten der SPD- und Gewerkschaftsführung nicht widersprochen wird. Der Anti-Rassismus beschneidet sich hier leider auf moralische Appelle ohne politischen Inhalt. Die SPD-Führung spielt das Spiel der CDU/CSU mit aus. Die sind nach Meinung der SPD-Führung genauso verantwortlich wie die Asylbewerber. Trauriges Beispiel des „Anti-Rassismus“ der SPD-Führung ist eine Anzeige der SPD Baden-Württemberg in der es heißt: „Die SPD Baden-Württemberg will die Zuwendung insgesamt drastisch einschränken, weil wir sonst mit der katastrophalen Wohnungsnot nicht fertig werden. Deshalb wollen wir den unkontrollierten Ausiedlerzuzug stoppen und den Mißbrauch des Asylverfahrens beenden.“ Wenn das nicht Wasser auf die Mühlen der Neo-Nazis ist, was dann?

## Rolle des Faschismus

Von der rassistischen Kampagne der CDU/CSU profitieren die Neofaschisten. Ihre Zahl wird mittlerweile vom Verfassungsschutz mit 40.000 angegeben. Sie organisieren einen Ausländerwohnheime. Die Neo-Nazis sind zu einer gefährlichen, physischen Bedrohung für Ausländer geworden. Aber nicht nur für Ausländer, sondern auch für aktive Gewerkschafter, Linke und Antifaschisten. Es steht außer Zweifel, daß der Neofaschismus in Deutschland eine neue Qualität angenommen hat. Ihn zu bekämpfen ist deshalb auch vor dringlichste, aber nicht die einzige Aufgabe. Auf der Linken wird oft der Fehler begangen, Faschismus und Rassismus zu vernachlässigen. Entweder wird, wie schon gesagt, unter Rassismus nur seine Extremform verstanden oder aber alle konservativen Kräfte werden zu Faschisten gemacht.

Der Faschismus war 1933 der letzte Ausweg für das Kapital, um die Macht zu behaupten. Die kapitalistische Ge-

kapitalistischen Staat und verstand nicht, daß gerade das Kapital Hitler an die Macht bringen wollte. Die KPD lehnte ein Bündnis mit den Sozialdemokraten ab, mit der Begründung dies seien nicht besser als Hitler. Der Faschismus entwickelte sich nicht, weil das deutsche Volk plötzlich blutrünstig wurde, sondern er wurde vom Kapital an die Macht gebracht. Dies war nur wegen dem Versagen der Führungen der Arbeiterparteien möglich.

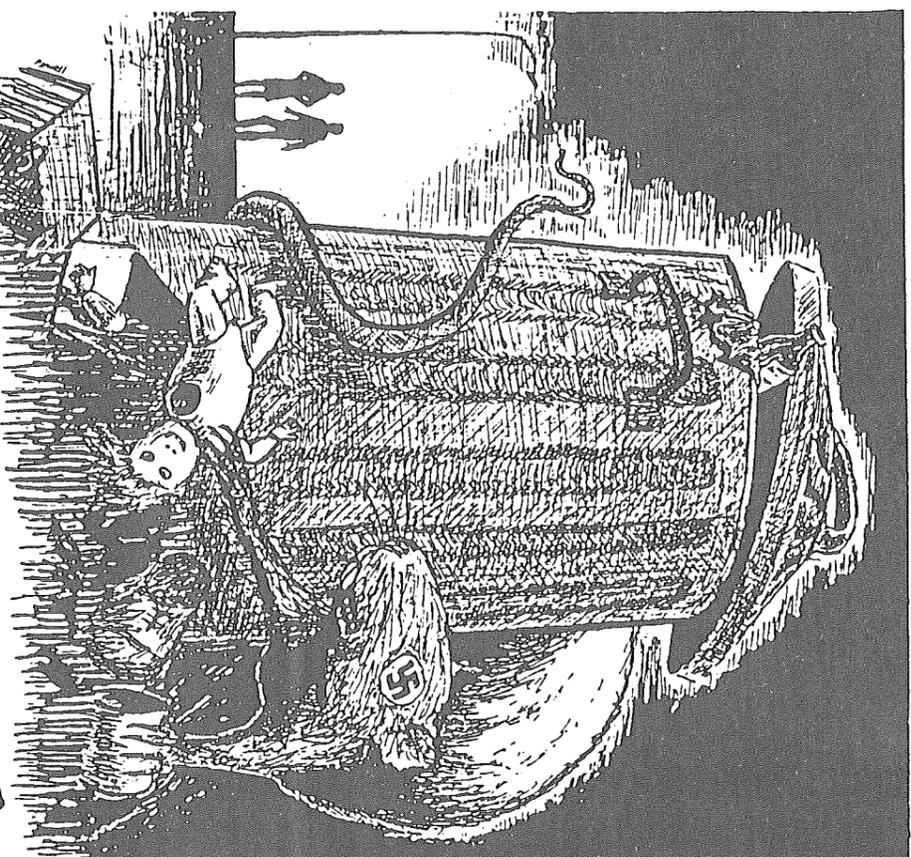
Die Möglichkeit, sich eine Massenbasis im verarmten Kleinbürgertum aufzubauen, war Folge der kapitalistischen Krise. Auch war Faschismus damals nicht eine typisch „deutsche“ Erscheinung. In Italien kam Mussolini schon 1922 an die Macht und baute seine Terrorherrschaft auf. Spanien wurde 1939 faschistisch. In allen anderen wichtigen europäischen Staaten gab es faschistische Bewegungen.

Heute spielen die Faschisten eine an-

der kapitalistische Staat. Daß diese Ostdeutsche investieren soll, wenn ihre Ingenieure auf der Straße gefährdet sind. Die faschistischen Skinheads machen wohl kaum einen Unterschied auf wen sie einschlagen.

Härtere Maßnahmen gegen Neo-Nazis als in der Vergangenheit sind also kein Ausdruck einer plötzlich antifaschistischen Gesinnung der deutschen Justiz, sondern Folge der Tatsache, daß die Faschisten auch in den Augen der Kapitalisten zu weit gehen.

Die Neofaschisten sind eine Bedrohung für alle Ausländer, Gewerkschafter und Linke. Sie werden am Leben erhalten, vor allem, damit man sie in der Zukunft, wenn die kapitalistische Krise fortschreitet, einsetzen kann. Eine Massenbewegung vergleichbar den 30er Jahren können sie nicht werden. Ihre klassische soziale Basis - das verarmte Kleinbürgertum - existiert nicht mehr. Heute finden sie Unterstützung vor al-



# WACHSAM SEIN!

dere Rolle. Die Neo-Nazis haben die Rolle von „Hilfsgruppen“ für die Herrschenden, die gegen Linke, Gewerkschafter und Ausländer vorgehen, um diese einzuschüchtern. Sie werden vom kapitalistischen Staat bewußt am Leben erhalten und von einzelnen Kapitalisten auch finanziell unterstützt. Es besteht jedoch keine Gefahr einer Machtergreifung durch die neuen Nazis, was nicht heißt das sie keine Gefahr sind.

Zum Teil geht den Herrschenden die Aktivität der Neo-Nazis sogar zu weit. Das jetzige Ausmaß an Terror gegen Ausländer ist nicht im Interesse von Kohl und Kapital. Auch das hat wirtschaftliche und politische Gründe. Der Staat verliert die Kontrolle über die Neofaschisten und das Ausmaß der Anschläge hat eine Gegenbewegung auf der Linken zur Folge. Auch im allgemeinen Bewußtsein der Bevölkerung deutet sich eine gegenläufige Tendenz an. 60 Prozent der Deutschen fanden es im Oktober in Ordnung, daß „viele“ Ausländer in Deutschland leben. Das sind 16 Prozent mehr als im Vormonat.

Aber das Kapital ist auch aus ökonomischen Gründen besorgt. Hans-Peter Stihl, Präsident des Deutschen Industrie- und Handelslages, sieht negative Folgen für die deutsche Wirtschaft. Die Bundesrepublik braucht seiner Meinung nach „ein positives Bild im Ausland, weil wir auf ausländische Unternehmen angewiesen sind“. Inageverlust im Ausland ist also die große Sorge der deutschen Unternehmer. Tatsächlich ist es möglich, daß sich eine japani-

lern bei perspektivlosen, zum Teil arbeitlosen Jugendlichen. Die Wählerstimmen für Deutsche Volkunion (DVU) und Republikaner stammen zu einem großen Teil von enttäuschten SPD-Wählern. Ein Grund dafür ist, daß es keine politische Kraft gibt, die die katastrophalen Probleme radikal bekämpft und eine Alternative auf-

zeigt. Mit dem Anwachsen gewerkschaftlicher Kämpfe gegen Angriffe der Unternehmer in den nächsten Jahren wird allerdings klarer werden, daß die Grenze in der Gesellschaft zwischen Arbeit und Kapital verläuft, und nicht zwischen Ausländern und Deutschen. Der gemeinsame Kampf von ausländischen und deutschen Kollegen wird die Neofaschisten wieder mehr isolieren. Solange jedoch Kapitalismus existiert, werden auch neofaschistische Banden existieren, die auch, je nach politischer Situation, an Einfließen gewinnen können.

## Kampf gegen Rassismus

Wie wir versucht haben zu erklären, ist Rassismus ein Organisationsprinzip der kapitalistischen Gesellschaft. In Zeiten der Krise verschärft sich die rassistische Hetze von Seiten des bürgerlichen Staates, um die Arbeiterklasse zu spalten und von den wahren Problemen abzulenken. In solchen Zeiten nehmen auch die Extremformen des Rassismus in Form von Anschlügen auf Ausländer zu. Die politische Verantwortung für diesen Terror tragen die bürgerlichen Parteien, die Medien und

der kapitalistische Staat. Daß diese Hetze Erfolge erzielt, liegt an der Untüchtigkeit der SPD- und Gewerkschaftsführung und ihrer falschen Politik. Durchgeführt wird der Terror aber von neofaschistischen Gruppen. Dem antifaschistischen Kampf stellen sich daher unterschiedliche Aufgaben.

Zum einen muß der Kampf gegen die Nazis geführt werden. Sie sind die direkte, physische Bedrohung. Ihnen muß sich die Arbeiterbewegung politisch und ebenso physisch entgegenstellen. Wenn Nazis aufmarschieren, Versammlungen abhalten oder Pogrome inszenieren, muß es eine große Mobilisierung dagegen geben. Die Verantwortung dafür tragen SPD und Gewerkschaften. Die Arbeiterklasse ist der natürliche Feind von Faschismus und Rassismus, weil Faschismus und Rassismus nicht nur ein Angriff auf die ausländischen Kollegen, sondern auf alle Lohnabhängigen ist. Es ist die Aufgabe von SPD und DGB das zu erklären. Sie haben das Potential, wirkliche Massen zu mobilisieren und die Faschisten von der Straße zu vertreiben. Sie sind in der Lage, die politischen Ursachen von Faschismus und Rassismus zu bekämpfen. Das heißt für uns natürlich nicht, daß wir abwarten bis Björn Engholm und Hans-Werner Meyer dazu gezwungen werden, den Kampf zu organisieren. Wenn SPD- und DGB-Führung passiv oder halb-passiv bleiben, dann müssen wir den Widerstand organisieren und versuchen, die SPD- und DGB-Basis dafür zu gewinnen und in diesen Organisationen Druck ausüben.

Es ist aber ein Fehler, den Kampf auf die Extremformen des Rassismus zu beschränken. Die politische Unterdrückung und Entrechtung der ausländischen Kollegen wird nicht von den Faschisten organisiert, sondern von kapitalistischen Staat. Dieser „macht“ Rassismus. Deshalb ist ein politischer Kampf die zentrale Aufgabe antifaschistischer Arbeit. Wir müssen den deutschen Arbeiter mitteilen erklären, daß sie ihre eigenen Interessen verteidigen, wenn sie gegen rassistische Hetze kämpfen. Die, die ein Interesse am Rassismus haben und davon profitieren, müssen klar benannt werden.

Breite Bündnisse, die sogar CDU und FDP einschließen, sind unbrauchbar und sogar schädlich, wenn es um den Kampf gegen Rassismus und Faschismus geht. Politische Antworten auf Sozialabbau, Arbeitslosigkeit und Wohnungsnot müssen gegeben werden, um rassistische Vorurteile zu entkräften. Das ist mit den Parteien der Unternehmer nicht möglich. Ihr Antirassismus beschränkt sich auf schöne Worte. Sie versuchen, die antifaschistische Bewegung zu entpolitisieren und schaden ihr damit.

Die einzige Kraft in der Gesellschaft, die einen erfolgreichen Kampf gegen den Rassismus führen kann, ist die organisierte Arbeiterklasse. Ihre Organisationen - SPD und DGB - müssen wider zu Kampforganisationen umgebaut werden. Eine antifaschistische Politik muß eine Zukunftsperspektive aufzeigen, damit Jugendliche nicht in die Arme der Nazis laufen, sondern im Gegenteil am Kampf gegen sie teilnehmen.

Antirassistische Politik kann nicht losgelöst werden vom Kampf für bessere Lebensbedingungen für alle arbeitenden Menschen und Jugendlichen in Deutschland und der ganzen Welt. Nur eine sozialistische Politik kann daher erfolgreich im Kampf gegen Faschismus und Rassismus sein. Kapitalismus bedeutet Rassismus. Nur wenn wir den Kapitalismus abschaffen, können wir auch Rassismus abschaffen.

Sascha Stanić, Aachen  
Jungsozialist